

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

früher  
Wochen- und Nachrichtenblatt

gleichzeitig  
Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüssdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau u. Mülsen  
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 148.

Samstag, den 27. Juni

53. Jahrgang.  
Dienstag, den 30. Juni

Telegraphische Adressen:  
Tageblatt.

1903.

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen, abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 RM. 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 RM. 50 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 8, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Ausdräger entgegen. Inserate werden die fünfgehaltene Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr. — Im „Kunstlichen Teil“ wird die zweifelhafte Stelle oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Inserenten kostet die zweifelhafte Stelle 15 Pfennige. —

Dienstag, den 30. Juni 1903,

abends 8 Uhr,

findet im Stadtverordneten-Sitzungszimmer

## öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

statt. Tagesordnung:

1. Entschließung wegen Anstellung eines neuen Schutzmanns.
2. Beschlussfassung über Herabsetzung der Gebühren bei Abhaltung von Vereinsvergütungen.
3. Beschlussfassung über Abänderung des über Anstellung eines Verbandsrevisors bestehenden Regulativs und der dazu gehörigen Dienstausweisung.
4. Justifikation städtischer Rechnungen.

Darauf achteime Sitzung.

### Der neue Reichstag.

Mit den in vergangener Woche vollzogenen zahlreichen Stichwahlen zum Reichstage ist derselbe nunmehr definitiv gewählt und es läßt sich seine politische Zusammensetzung jetzt völlig übersehen. Vorausgesetzt, daß sich die Parteistellung des einen oder des anderen der neugewählten Abgeordneten nachträglich nicht als eine andere herausstellt, wie sie bis jetzt gemeldet worden ist, sichten in der deutschen Volksvertretung: 53 Konservative, 18 Reichsparteiler, 10 Antisemiten und Deutschsoziale, 51 Nationalliberale, 100 vom Centrum, 81 Sozialdemokraten, 9 von der freisinnigen Vereinigung, 20 freisinnige Volksparteiler, 6 süddeutsche Demokraten, 17 Polen, 4 Welfen, 1 Däne, 9 fraktionslose Elsäßer, 8 Wilde, 4 Bauernbündler, 2 vom Bund der Landwirte, 1 Nationalsozialer und 1 Christlichsozialer. Verglichen mit dem Bestände der einzelnen Reichstagsparteien und kleineren Gruppen am Schlusse der letzten Legislaturperiode zählen im neuen Reichstage die Sozialdemokraten 23, die Polen 2 und die Konservativen 1 Abgeordneten mehr, die Nationalliberalen sind in ihrer Stärke gleich geblieben, ebenso die Antisemiten, die freisinnige Volkspartei erscheint um 7 Mann, die freisinnige Vereinigung um 4 Mann, das Zentrum um 5 Mann, die Gruppe der agrarischen Vertretung um 3 Mann, die Welfen und die fraktionslosen Elsäßer um je einen Mann geschwächt im neuen Reichstage, überhaupt neu in demselben tauchen je ein Vertreter der christlich-sozialen und der nationalsozialen Richtung auf. Trotz der erheblichen Vermehrung der sozialdemokratischen Fraktion haben demnach im Grunde genommen die Parteiverhältnisse im neuen Reichstage keine umstürzende Veränderung gegenüber der Zusammensetzung des Reichstages von 1898 erfahren. Denn wenn die Reichstagsliste in ihrem radikalsten Teile durch die erwähnte wesentliche Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten von 58 auf 81 eine bemerkenswerte Kräftigung aufweist, so sind dafür die übrigen Gruppen der Linken, die beiden freisinnigen Parteien und die süddeutsche Volkspartei, in ihrem Bestande zurückgegangen. Das Zentrum hat zwar auch einige Sitze verloren, aber mit seinen rund 100 Abgeordneten bleibt es doch auch jetzt wieder die stärkste Partei des Reichstages, und die Nationalliberalen, die Vertretung des gemäßigten Liberalismus, ziehen in der immerhin ansehnlichen Stärke von 51 Mann wiederum in den Reichstag ein, die Konservativen endlich erscheinen in demselben anstatt 52 Köpfe sogar 53 Köpfe stark. Demnach ist auch im neuen Reichstage wiederum jene bedingte Mehrheit, aus dem Zentrum, den Konservativen beider Richtungen, den Nationalliberalen und einigen der kleineren Gruppen bestehend, vorhanden, die schon im bisherigen Reichstage sich bei verschiedenen Anlässen geltend machte, zuletzt durch die Annahme des neuen Zolltarifs. Dieser Umstand berechtigt vielleicht zu der Erwartung, daß auch im Reichstage von 1903 die positiv gerichteten Parteien sich zu erspriechlicher und dem Allgemeinwohl dienender Arbeit erforderlicher Falles wiederum zusammenschließen werden.

Im Uebrigen zählt der jetzige Reichstag eine

große Anzahl parlamentarischer Neulinge, während andererseits eine ganze Reihe bekannter bisheriger Parlamentarier in ihm nicht mehr anzutreffen sind, entweder weil sie von vornherein auf eine nochmalige Kandidatur verzichtet hatten, oder weil sie im Wahlkampfe unterlegen sind. Zur letzteren Kategorie gehören z. B. die Nationalliberalen Dr. Gasse, der langjährige Vertreter Leipzigs, Dr. Büsing, der 2. Vizepräsident im gemessenen Reichstage, Wasserhagen, einer der jüngeren Führer der nationalliberalen Partei, weiter die Freisinnigen Schröder, Pech-Roburg, Brömel, Frese, die Sozialdemokraten Ulrich, Albrecht, dessen Name gewöhnlich zuerst unter den sozialpolitischen Anträgen der Sozialdemokraten stand, und Calwer, die Führer des Bundes der Landwirte Dr. Oertel, Lude, Schrempf und Dr. Hahn, die Zentrumskollegen Vetscha und Braun, der bekannte Antisemit Ahlwardt und der Wilde Prinz Alexander zu Hohenlohe-Langenburg, der zweite Sohn des Statthalters des Reichslandes, bislang Vertreter für Hagenau-Weißenburg. Was die „neuen Männer“ im neuen Reichstage anbelangt, so beläuft sich deren Anzahl, soweit dies bereits festgestellt zu werden vermochte, auf 130; von ihnen hat der bei weitem größere Teil überhaupt noch nicht dem Reichstage angehört, einige der jetzigen parlamentarischen Neulinge haben dagegen schon früher einmal im Reichstage gesessen. An „frischem Blut“ fehlt es demnach im Reichstage 1903 wahrscheinlich nicht, ob dasselbe aber auch in den künftigen Sitzungen der deutschen Volksvertretung zum Ausdruck gelangen wird, das bleibt noch abzuwarten.

### Politische Mundschau.

In Dresdner politischen Kreisen ist nach einer Meldung der „V. N. N.“ das Gerücht verbreitet, daß der Staatsminister von Meißel sich mit der Absicht trage, sein Amt niederzulegen, und daß er auch dahingehende Wünsche bereits an maßgebender Stelle ausgesprochen habe. Indessen soll der König durchaus nicht geneigt sein, das Portefeuille zurückzunehmen, aus dem einfachen Grunde, weil die Schwierigkeiten, gegenwärtig einen Nachfolger zu finden, zu groß seien. Man ist jedoch überzeugt, daß der Rücktritt des Staatsministers erfolgen wird, sobald die bevorstehende Landtagsession erledigt ist.

Die überagrарische Presse gibt trotz der empfindlichen Wahlniederlage ihre Sache nicht verloren. Der ehemalige Abgeordnete Dr. Oertel schreibt am Schlusse eines Wahlrückblickes:

„Der Einfluß des Bundes im neuen Reichstage ist durchaus derselbe geblieben, von einem Zurückgehen des agrarischen Gedankens ist absolut keine Rede, wenn auch einige Führer zur Zeit nicht dem Reichstage angehören. Diesen Herren stehen ja Gott sei Dank auch noch andere Mittel und Wege zu Gebote, um außerhalb des Reichstages für die Sache der deutschen Bauern zu wirken. Daß es daran nicht fehlen wird, davon werden sich unsere Gegner bald überzeugen können.“

Was den Reichstag anlangt, so dürfte „der agrarische Gedanke“ derer um Wangenheim und Diedrich Hahn schwerlich besondere Protektion auf

den Märkten der Rechten genießen. Die Grafen Schwerin, Ranig, Stolberg und andere agrarische Konservativen sind Regierungsfreunde und werden sich zu überagrарischen Klopffechtereien auf keinen Fall wieder hergeben. Ihnen aber folgt das Gros der Konservativen.

Zur Berufs- und Gewerbezahlung. Ueber unsere nächste Berufs- und Gewerbezahlung, die 1905 stattfinden soll, veröffentlicht Professor Werner Sombart-Breslau in der „Soz. Praxis“ einen sehr beachtenswerten Artikel, dem wir entnehmen:

„Bei der Statistik der Handwerksbetriebe muß, wenn irgend möglich, eine Frage eingeschaltet werden: ob der Betrieb vorwiegend Reparaturbetrieb sei oder nicht. Das technische „Wie“ bleibt hier unerörtert. Die Frage ist entscheidend für das Gesamturteil über das Handwerk. Wird sie nicht gestellt, ist die ganze Statistik des gewerblichen Kleinbetriebes fast wertlos. Damit diese an Wert gewinne, muß auch mit aller Anstrengung darauf gesonnen werden, wie man das gefährdete z. B. f. fr. R. (zu Haus für fremde Rechnung) so faßt, daß nicht neun Zehntel der Fische durch das Netz gehen, wie es jetzt zweifellos der Fall ist. Dann noch eins: Die Gewerbestatistik kennt nur „Warenhandel“ schlechtthin, ohne Detail und Engroßhandel zu unterscheiden. Das ist unerhört. Eine Statistik, die diese beiden grundverschiedenen Dinge nicht scheidet, beraubt sich zur Hälfte ihres Wertes. Es ist eine der dringlichsten Aufgaben, daß diesem Uebelstande abgeholfen werde. Die Frage, die hinzuzufügen wäre, würde lauten müssen: „Haben Sie einen offenen Laden? Ja oder Nein?“

Es ist eigentlich erstaunlich, daß diese ebenso wichtige, als selbstverständliche Frage nicht schon bei früheren Zählungen gestellt worden ist.

Der große deutsche Fleischerverband nahm auf seinem Verbandstag in Potsdam folgenden Antrag des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt an: In Ermägung, daß zum Fleischbeschaugesetz der preussische Landtag in den §§ 5 und 14 der Ausführungsbestimmungen Anordnungen getroffen hat, „die den Städten mit einer Schlachthanlage, wie auch unserem Gewerbebestand schwere Schädigung bereiten würde, beauftragt der Verbandstag seinen Vorstand, alles aufzubieten, um an geeigneter Stelle bei der in Vorbereitung befindlichen Novelle zum preussischen Schlachtgesetz eine Beseitigung dieser schwer drohenden Schädigung anzustreben“. Auf Antrag der Fleischerinnung in Halle wurde der Vorstand aufgefordert, dahin vorzulegen zu werden, „daß alles in ländlichen Kreisen bei der Schlachtung als minderwertig oder bedingt tauglich abgestempelte Fleisch an dem Orte der Schlachtung oder des Ursprungs unter polizeilicher Aufsicht in kleinen Mengen verkauft werden muß, so daß es nicht in ganzen Tieren in die großen Städte oder deren Nachbarorte abgeschoben werden kann“. Auf Antrag der Fleischerinnung Berlin wurde beschlossen, beim Bundesrat den Erlass eines Gesetzes anzustreben, monach die Fabrikate aus Pferdefleisch nur unter genauer Deklaration verkauft werden dürfen, ferner der Versand solcher Fabrikate nur in Gefäßen und

n  
Juni,  
in.  
bei den Herren  
RURUR  
ge  
ufen  
ufen  
ige Preise.  
la.  
Lotterie.  
4. Lotteri:  
6. u. 7. Juli.  
mpfiehlt sich  
enstein,  
nstein.  
mpf-  
ren.  
Berliner Ver-  
den Württem-  
otagenfabrik  
gsfähige Fabrik-  
eignete Artikel  
en.  
unter V. A.  
udolf Woffe,  
nigstraße 56 er-  
eren,  
und Kohlrabi  
Gärtnerci von  
n Held.  
abrot  
eckend  
chendorf.  
ma  
at-Schmeer,  
5 Pfd. a 60 Pf.  
fehlt  
osche.  
er“.